

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

17. Newsletter

„Rassismuskritische Migrationspädagogik“

September/Oktober 2017

Editorial

Noch vor Luther sei Kolumbus gewesen und schon damals „begannen unsere guten Beziehungen zu Amerika“. Dieser Satz von Angela Merkel vor 70.000 Zuhörer*innen beim Evangelischen Kirchentag in Berlin im Gespräch mit dem ersten schwarzen Präsidenten der USA, Barack Obama ist zwar an Zynismus kaum zu überbieten, hat aber kaum zu wahrnehmbaren Protest geführt. Er bagatellisiert die brutale Unterwerfung und Massakrierung so, als würde man die Pogrome im Mittelalter als Beginn „unserer“ guten Beziehungen zur jüdischen Bevölkerung in Westeuropa erklären.

Gerade, dass diese Bagatellisierung der Realität des Kolonialismus möglich ist, ohne dass es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird oder gar eine nennenswerte Empörung hervorruft, sagt viel über den Zustand der Welt und speziell der Republik, in der wir leben.

Denn nur mit dieser Negierung dieses Teils der Geschichte Westeuropas und auch Deutschlands ist es möglich, trotz des Wissens um die unvorstellbaren Leiden der Geflüchteten auf dem Weg aus dem Elend, trotz der unzähligen Toden im Mittelmeer, trotz der Berichte über massenhafte Vergewaltigungen in den von europäischen Geldern finanzierten Camps in Libyen, ist es erklärbar, dass es eine allgemeine Erleichterung gibt, dass die Flüchtlingszahlen zurückgehen und die sogenannte Grenze der Belastbarkeit nicht überschritten wird. Liegt es auch daran, dass es kaum Proteste gibt, wenn nun die so wichtige Arbeit der Seenotrettungs-NGOs auf dem Mittelmeer kriminalisiert wird?

Um nicht missverstanden zu werden. Wir, die dies kritisieren, sind keine besseren Menschen. Ist unsere Empörung nach den Toden des Schiffsunglücks vor Lampedusa, damals veröffentlicht in diesem Newsletter nicht auch einer Routine im Lesen der Zeitungsnachrichten gewichen?

Was macht das Wissen über sklavenartige Arbeitsbedingungen in den Plantagen Südspaniens, in denen auch unser Obst und Gemüse angebaut wird, mit uns? Wie tief hat sich die in Merkels Aussage zu Tage getretene Gewöhnung an die weltweite Ungleichheit in uns eingegraben?

Bei der Podiumsdiskussion der Reutlinger Kandidat*innen für die Bundestagswahl zum Thema Flucht waren sich alle einig, dass die Hauptaufgabe sei, die Fluchtursachen zu

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

bekämpfen. Die westlichen Länder müssten aber gar nicht mehr geben, um die Fluchtursachen wirklich zu bekämpfen, sie müssten nur weniger rauben. Aber da wären wir wieder bei Herrn Kolumbus

In der gleichen Diskussion konnte der CDU-Abgeordnete unwidersprochen sagen, dass er sehr froh sei, dass es heute keine Empörung mehr hervorrufe, wenn gefordert wird, dass man den Flüchtlingen unsere Werte beibringen müsse.

Und in der Jugendsozialarbeit? Da erreichen uns zunehmend Anfragen, dass rassistische Äußerungen gegenüber Klient*innen zunehmen, mediale Diskurse insbesondere zum Thema Islam kritiklos übernommen werden, und abgrenzende Haltungen auch noch offensiv gerechtfertigt werden. Noch alarmierender: Kolleg*innen geben offen in der Runde zu oder verbalisieren so, als wäre es „normal“, dass sie gegenüber Klient*innen verbal und körperlich ausfällig werden. Andere leiden selbst unter dem Qualitätsverlust in der eigenen Arbeit, die „so einfach nicht mehr zu leisten ist“.

Auf der anderen Seite gibt es auch immer mehr Kolleg*innen, die sich gegen Frustration und Zynismus für Reflexion und Professionalisierung einsetzen. Diese Kolleg*innen wollen wir mit unserer Arbeit und auch mit diesem Newsletter in ihrer Arbeit unterstützen.

Aber reicht das gegen die Gewöhnung an postkoloniale Realitäten? Wir fordern mit Kritik: „Brechen wir das Schweigen! Solidarität mit Geflüchteten und Retter_innen“. Es darf keine Kooperation der EU mit libyschen Einheiten geben und keine Rückschiebungen nach Libyen. Die NGOs dürfen nicht bei ihren Rettungsaktionen behindert werden. Wer den Schleppern das Handwerk legen will, muss sichere und legale Überfahrten nach Europa ermöglichen.

Den Aufruf und andere wichtige Initiativen, Veranstaltungen und Materialien finden Sie in diesem Newsletter.

Mit den besten Grüßen

Andreas Foitzik

Inhaltsverzeichnis

Aufrufe/Positionspapiere	5
Brechen wir das Schweigen! Solidarität mit Geflüchteten und Retter_innen	5
Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen, Manifest für eine zukunftsfähige Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik.....	6
Mosbacher Erklärung: Abschiebungen nach Afghanistan stoppen!	6
Stellungnahme der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW zu Abschiebungen nach Afghanistan.....	7
"Rassismuskritische und diskriminierungssensible Jungenarbeit im Kontext von Flucht und Migration!"	7
Tagungen / Veranstaltungen	8
Empowerment - quer gedacht: Eine horizontale Weiterbildung zur Empowerment-Trainer*in	8
SAVE THE DATE: Jungenarbeit mit UMAs und anderen männlichen* Geflüchteten.....	8
„Train-The-Trainer-Workshop für Frauen* of Color, Schwarze Frauen*, Frauen* mit Migrationsbiographie“	9
Pädagogik im Kontext geschlechtlicher und sexueller Vielfalt- Reflexion-Antidiskriminierung- Handlungsfähigkeit-	9
Konferenz: Welche Theorie? Welche Praxis? Antidiskriminierung und Gleichstellung in Bildungskontexten ...	10
Was sollen wir wollen? Wertekonflikte und Herausforderungen durch Interkulturalität.....	11
Empowerment-Training für Migrant*innen	11
fersicht- Werkstatt zu nordsüdpolitischer Bildung bietet Module zu Schulprojekttagen an: Aus dem Krieg ausbrechen	11
Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid	12
„Ist doch normal, oder?“— Diversitätsbewusstsein in Einrichtungen der Jugend(bildungs-) arbeit entwickeln und verankern.....	12
Welche Theorie? Welche Praxis? Antidiskriminierung und Gleichstellung in Bildungskontexten	13
Die Freiheit den Mund aufzumachen	13
Globalisierung und Schule: Fachtag zum Thema "Flucht"	14
Materialien.....	15
Foitzik, Andreas: „Sprechen in machtvollen Verhältnissen – die Perspektive der Rassismuskritik“.....	15
Bröse, Johanna, Faas, Stefan, Stauber, Barbara (Hrsg.): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit	16
Gleichbehandlungsverpflichtungen von staatlichen Institutionen	16
Marcin Michalski, Ramses Michael Oueslati (Hg.): Standhalten - Rassismuskritische Unterrichtsmaterialien und Didaktik für viele Fächer, mit Kurzfilm	17
Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e. V. (Hg.): Genderblick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrungen.....	17
Vielfalt im Klassenzimmer - ungleicher Bildungserfolg.....	17
Keine Abschiebung aus Bildungseinrichtungen	18
Was Jugendliche zur Flucht treibt.....	18
Diskriminierung bei der Arbeitsvermittlung	19
Du+Ich=Wir	20
Sabine Hark, Paula-Irene Villa: Unterscheiden und herrschen - Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart	20

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Wir müssen draußen bleiben -Warum Hanna zur Besichtigung eingeladen wird und Ismail nicht.....	21
Bernd Kasperek: Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration -Eine kritische Einführung	21
Marc Speer: Die Geschichte des formalisierten Korridors. Erosion und Restrukturierung des Europäischen Grenzregimes auf dem Balkan	21
Sonstiges	23
„respect!“ in sozialen Netzwerken: Meldestelle gegen Hetze im Netz startet	23
Das Projekt „Romane Krla“ von Amaro Drom sucht Bewerber_innen	23
Schauspiel Köln: Aus dem Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ die Rede von Ibrahim Arslan	24
Diskriminierung auf dem Mietmarkt	24
Berliner Neutralitätsgesetz: Lehramtsbewerberin mit Kopftuch erhält Entschädigung	24
Kodex zur Behinderung von Lebensrettung	24
Neue Abschiebungen nach Afghanistan- Zum Widerstand verpflichtet	25
Europäischer Gerichtshof: Pauschale Personenkontrollen wegen illegaler Einreise nicht erlaubt.....	25
Kinderrechte im Grundgesetz helfen auch Flüchtlingen.....	25
Kino: Eingeschlossen im syrischen Krieg.....	25
Jugendliche in überraschendem Ausmaß religionsfern	26
Die EU-Flüchtlingspolitik ist in jeder Beziehung besorgniserregend.....	26
Gesellschaftliche Spaltung im Sog des Populismus	26
Jobcenter benachteiligen Menschen mit ausländischen Namen	26
Stellenangebote	28
Antidiskriminierungsstelle Esslingen	28
Netzwerk Antidiskriminierung e.V. sucht Jurist*in.....	29
Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (m/w) Uni München.....	30

Aufrufe/Positionspapiere

Brechen wir das Schweigen! Solidarität mit Geflüchteten und Retter_innen

Aufruf von kritnet, Netzwerk RMP bei den Erstunterzeichner_innen

Die Situation auf dem Mittelmeer und in Libyen hat sich nochmals brutalisiert. Die Bedingungen für Seenotrettungen werden immer schwieriger. Die EU trägt zu dieser Eskalation bei.

Geflüchtete in Seenot werden derzeit vor allem von NGOs gerettet. Dagegen agiert die von der EU unterstützte sogenannte libysche Küstenwache immer härter gegen Geflüchtete und Retter_innen. Libysche Einheiten, ein undurchsichtiges Geflecht aus Sicherheitskräften, Milizen und Schleusern, schießen auf Rettungsboote und behindern die Arbeit von NGOs auf dem Mittelmeer. In Libyen werden Menschen verschleppt, gefoltert und vergewaltigt. Dies geschieht auch in offiziellen Haftzentren.

Es ist unerträglich, dass die EU und Deutschland diese Menschenrechtsverletzungen logistisch und mit Geld und Waffen unterstützt.

Auf See hat sich neben der akuten Gefahr durch libysche Einheiten auch die Zusammenarbeit mit den europäischen Sicherheitskräften verschlechtert. Europäische Kräfte, die in der Nähe sind, lassen die NGOs auch in Notfällen teilweise allein. Die Retter*innen arbeiten an der Grenze ihrer Möglichkeiten um trotzdem Überlebenshilfe zu leisten. Die Reaktionen der EU und verschiedener Mitgliedstaaten sind untragbar: statt NGOs mehr Unterstützung zu geben, werden diese durch Anklagen und falsche Behauptungen kriminalisiert. Dabei ist Seerettung nach deutscher, europäischer und internationaler Rechtslage Pflicht.

Italien droht, seine Häfen für die Schiffe der NGOs und damit für die Geflüchteten zu sperren, wenn nicht andere EU-Länder mehr Solidarität zeigten. Dies wäre allerdings ein krasser Rechtsbruch und ist deshalb eher unwahrscheinlich. Auch hat Italien seit Jahrzehnten Geflüchtete aufgenommen, während sich Länder wie Deutschland auf die Dublin-Regelung berufen haben. Derzeit kommt es in Italien jedoch zu einer Notlage. Viele Migrant_innen sind obdachlos. Es wird Zeit, dass die italienischen Grenzen am Brenner und anderswo für alle Menschen wieder geöffnet werden. Die Zahl der Geflüchteten ist dabei, wie ebenfalls seit Jahrzehnten, eher niedrig, wenn wir auf Länder wie Jordanien, die Türkei oder Uganda blicken.

Brechen wir das Schweigen! Wir fordern:

Einstellung der Kooperation der EU mit libyschen Einheiten

Keine Rückschiebungen nach Libyen

Unterstützung der NGOs auf dem Mittelmeer und Rettung durch europäische Verbände

Solidarität mit Geflüchteten, eine Aussetzung der Dublin Regelungen und eine Wiederöffnung der Grenzen

Sichere, legale Überfahrten nach Europa

Ein Europa der offenen Grenzen

Erstunterzeichner_innen

kritnet - Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, medico international
Bayrischer Flüchtlingsrat, Flüchtlingsbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein,
borderline Europe, bordermonitoring e.V., global e.V., **Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg**, "Die Unmündigen e.V.", Flüchtlingsrat
Thüringen e.V., ffm Forschungsgemeinschaft Flucht und Migration, Flüchtlingsrat

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Brandenburg, Flüchtlingsrat Thüringen e.V., Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Flüchtlingsrat Berlin e.V., Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln Solidarity City frauen- und menschenrechte-aktiv, Stiftung:do

Weitere Informationen unter

<http://kritnet.org/2017/brechen-wir-das-schweigen-zum-mittelmeer-solidaritaet-mit-gefluechteten-und-retterinnen/?from=box-b1>

auf facebook unter

www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1731566270204569&id=1085049624856240&substory_index=0

Quelle: www.kritnet.org

Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen, Manifest für eine zukunftsfähige Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik

Knapp zwei Wochen vor der Bundestagswahl fordern führende Migrationsforscher*innen einen Kurswechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Man benötige sowohl eine umfassende Strategie gegen Nationalismus und Rassismus als auch zukunftsfähige Konzepte für die Flüchtlingspolitik, heißt es in einem vom Rat für Migration am Freitag veröffentlichten Manifest. Autor*innen sind: Prof. Dr. Albert Scherr, Prof. Dr. Marianne Krüger-Potratz, Prof. Dr. Andreas Zick, Prof. Dr. Andreas Pott, Prof. Dr. Riem Spielhaus, Prof. Dr. Werner Schiffauer, Prof. Dr. Sabine Hess, Prof. Dr. Jochen Oltmer, Dr. Meltem Kulaçatan

https://ratfuermigration.files.wordpress.com/2017/09/rfm_manifest_migrationspolitik_20172.pdf

Mosbacher Erklärung: Abschiebungen nach Afghanistan stoppen!

Petition der evangelischen Kirchenbezirke Mosbach und Adelsheim-Boxberg sowie des Diakonischen Werks im Neckar-Odenwald-Kreis

Zentral ist auch die Forderung nach einer humanitären Bleiberechtsregelung für Afghanische Flüchtlinge, welche die aktuelle individuelle Gefahr im Falle der Rückkehr sowie Integrationserfolge, wie Arbeit oder Ausbildung, in den Blick nimmt. Darüber hinaus wird die Aussetzung aller Widerrufsverfahren, die mit einer internen Fluchtalternative oder sicheren Gebieten begründet werden, gefordert. Integrationsangebote, wie BAMF-Sprachkurse, und besonders die Förderung unbegleiteter Minderjähriger sollen vom Gesetzgeber forciert werden, so der Wortlaut der Mosbacher Erklärung. Die Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung konnten sich noch an diesem Abend in eine Unterschriftenliste eintragen. Wer hierzu an diesem Abend nicht die Möglichkeit hatte, kann dies nun durch die Onlineeintragung nachholen und wir freuen uns, wenn Sie die Erklärung mit uns gemeinsam unterzeichnen.

Zur vollständigen Petition und Unterzeichnungsmöglichkeit

www.openpetition.de/petition/online/abschiebungen-nach-afghanistan-stoppen-afghanistan-ist-nicht-sicher

Stellungnahme der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW zu Abschiebungen nach Afghanistan

Ein Beschluss der Trägerkonferenz der „Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW“ vom 3. Juli 2017

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW fordert die neue Landesregierung auf, nicht nach Afghanistan abzuschicken und sich für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen.

Eine Abschiebung in Sicherheit und Würde ist in Afghanistan derzeit nicht gewährleistet. Afghanistan befindet sich momentan im Krieg mit 20 terroristischen Gruppierungen, und die Sicherheitslage hat sich — nicht nur durch den Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul am 31. Mai 2017 — sehr verschlechtert. Die Zahl der zivilen Opfer in Afghanistan ist weiterhin sehr hoch. Vor allem beobachten wir mit großer Sorge eine starke Verunsicherung unter jungen Afghan_innen, die sich hier in Deutschland in Integrationsmaßnahmen befinden und auf ihre Anerkennung warten. Permanente Androhung einer Abschiebung und Unklarheit fördern einen Zustand der Angst und Hoffnungslosigkeit. Die Sicherheitslage muss deshalb unter besonderer Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte aktuell neu bewertet werden. Wir halten einen derzeitigen Abschiebestopp zum Schutz der Menschen für dringend geboten. Wir setzen uns für eine Bleiberechtsregelung für afghanische Staatsbürger_innen in Deutschland ein, die insbesondere jungen Menschen Integrationsperspektiven eröffnet. Menschen Todesgefahr auszusetzen missachtet humanitäre Grundlagen sowie Flüchtlings- und Menschenrechte.

Quelle: IDA Infomail 04/ 2017, www.idaev.de

"Rassismuskritische und diskriminierungssensible Jungenarbeit im Kontext von Flucht und Migration!"

Stellungnahme der LAGJ NRW

Im Rahmen des Projektes „Irgendwie Hier! Flucht - Migration – Männlichkeiten“ veröffentlicht die Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit in NRW diese Stellungnahme, um aktuelle Herausforderungen zu benennen und einen klaren Schwerpunkt auf rassismuskritische und diskriminierungssensible Ansätze für die gesamte Flucht- und Migrations(sozial-)arbeit mit Jungen* und jungen Männern* zu setzen. Sie schließt an eine erste Stellungnahme aus dem Vorjahr an.

Zur vollständigen Stellungnahme

http://lagjungenarbeit.de/downloads/_jobs/2017-06_wuppertal.pdf

Quelle: NL Juli/August 2017, LAGJ BW, www.lag-jungenarbeit.de

Tagungen / Veranstaltungen

Empowerment - quer gedacht: Eine horizontale Weiterbildung zur Empowerment-Trainer*in

Netzwerk Antidiskriminierung e.V., Januar bis Dezember 2018, Bad Boll

Das Netzwerk Antidiskriminierung e.V. bietet im Rahmen des Projektes „Empowerment – quer gedacht“ eine in dieser Form bundesweit erstmalig durchgeführte Weiterbildung an. Empowerment-Angebote finden in aller Regel und aus gutem Grund in geschützten, auf eine Diskriminierungsform hin ausgerichteten Räumen statt. Wir möchten dennoch mit dieser horizontalen Weiterbildung pilothaft den Versuch wagen, in einer Ausbildungsgruppe sowohl Trainer*innen mit dem inhaltlichen Schwerpunkt auf Empowerment für Schwarze/People of Color als auch LSBTTIQ-Personen und/oder Menschen mit Behinderung parallel zu qualifizieren. Wir werden dabei sowohl in Kleingruppen mit gleichem Erfahrungsbezug arbeiten als auch gemeinsam in der Großgruppe. Davon versprechen wir uns innovative Impulse für die Empowermentarbeit, ob in geschützten Räumen oder in heterogenen Gruppen.

Die Teilnehmenden erweitern mit dieser Weiterbildung ihre Kompetenzen,

... im Bereich der eigenen Selbst-ermächtigung und im Hinblick auf ihr eigenes Empowerment-Profil und Methodenrepertoire,

... selbständig empowernde Mikroprojekte, Workshops oder Aktionen mit Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen zu konzipieren und durchzuführen.

... im Bereich der Vernetzung und Kennenlernen anderer Empowermentgeschichten und –kämpfe.

Die Weiterbildung ist insgesamt auf 15 Teilnehmende beschränkt und vorwiegend aber nicht ausschließlich auf Baden-Württemberg ausgerichtet. Es gibt ein Bewerbungsverfahren, die Anmeldefrist ist der 13.10. 2017. Bewerbungen und Nachfragen bei Borghild.straehle@nw-ad.de.

Eine ausführliche Beschreibung mit Informationen zu Konzept und Arbeitsweise, Leitungsteam und Kosten sowie den Bewerbungsbogen finden Sie unter:

<http://netzwerk-antidiskriminierung.de/blog/2017/09/11/empowerment-quer-gedacht/>

SAVE THE DATE: Jungenarbeit mit UMAs und anderen männlichen* Geflüchteten.

Workshop, 7. November, Pforzheim

Dieser Workshop mit Olaf Jantz, Bildungsreferent und Geschäftsführer am Institut für Jungen- und Männerarbeit mannigfaltig e.V. Hannover, und Vorstand im bundesweiten Netzwerk Männlichkeiten, Migration und Mehrfachzugehörigkeiten wird insbesondere Erfahrungen und Fragen der Teilnehmenden aufgreifen, Herausforderungen und Chancen der Arbeit mit männlichen* Geflüchteten ausloten und gelingende Ansätze inter- und transkultureller Arbeit vorstellen bzw. mit den Teilnehmenden entwickeln. Der ganztägige Workshop wird am 07. November in Pforzheim in Kooperation mit dem dortigen Arbeitskreis Jungen- und Männerarbeit stattfinden. Weitere Einzelheiten werden im September bekanntgegeben.

Anmeldung: Interessenten können sich bereits jetzt bei der Geschäftsstelle anmelden

Zielgruppe: Ein Workshop für Mitglieder der LAGJ

Kontakt: Michael Schirmer, Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit BW e.V.

Tel: 0711-6566890-0, info@lag-jungenarbeit.de, www.lag-jungenarbeit.de

Quelle: NL Juli/August 2017, LAGJ BW, www.lag-jungenarbeit.de

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

„Train-The-Trainer-Workshop für Frauen* of Color, Schwarze Frauen*, Frauen* mit Migrationsbiographie“

2-tägige Fortbildung, 23.11. - 24. November, Hechingen

Die LAG-Mädchenpolitik Baden-Württemberg bietet im Rahmen des Projektes „Empowerment für Frauen* - Gestärkt in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“ einen Train-The-Trainer-Workshop für Frauen* of Color, Schwarze Frauen*, Frauen* mit Migrationsbiographie an.

Rassismus und andere diskriminierende Strukturen und Handlungen schränken auf vielen Ebenen ein. Rassismus grenzt Frauen* of Color, Schwarze Frauen*, Frauen* mit Migrationsbiographie räumlich aus und spricht ihnen Ressourcen und Wissen ab. Empowerment hat in diesem Zusammenhang das Ziel Menschen geschützte Räume anzubieten, in denen stärkende Strategien ausgetauscht und entwickelt werden können. Diese professionell angeleitete Fortbildung wird sich unter anderem auch mit der Wirkung von Rassismus auf unsere Körper auseinandersetzen.

Die zweitägige Fortbildung richtet sich an Frauen* die haupt- und ehrenamtlich in der Mädchen*, Kinder- und Jugendarbeit tätig sind und Rassismuserfahrungen haben. Die Fortbildung ist (inklusive Vollverpflegung und einer Übernachtung) kostenlos. Eine durchgängige Teilnahme ist wichtig.

Referentin: Josephine Jackson*

Anmeldung und Kontakt für Fragen: Jackson@lag-maedchenpolitik-bw.de

*Die Referentin ist Mitglied im Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW.

Pädagogik im Kontext geschlechtlicher und sexueller Vielfalt- Reflexion-Antidiskriminierung- Handlungsfähigkeit-

3-modulige Weiterbildung, Dezember 2017- Mai 2018, Thomashof, Karlsruhe

Die 3-modulige Weiterbildung vermittelt Grundsätzliches und Vertiefendes zum gelingenden pädagogischen Handeln in der differenz- und geschlechterbewussten Arbeit mit Mädchen* und Jungen*. Sie richtet sich an interessierte Fachkräfte und bietet Handwerkzeug zur geschlechterbewussten Arbeit in der eigenen Einrichtung.

Die Weiterbildung möchte die Reflexions- und Handlungskompetenz der Teilnehmenden auf drei Ebenen stärken: Wissen, Haltung sowie Methodik/Didaktik. Dabei wird ein hoher Praxisbezug hergestellt. Methodisch erwartet die Teilnehmenden eine Mischung aus Einzelarbeit, Kleingruppenarbeit und Plenumsdiskussionen, Input, Biographie-Arbeit und Selbstreflexion, Kollegialer Fallberatung und der Erprobung und Reflexion pädagogischer Methoden aus der geschlechterreflektierten, queeren und Antidiskriminierungs-Pädagogik.

Seminar-Inhalte

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt – Überblick und Debatten

Männlichkeits- und Weiblichkeitsanforderungen und -theorie

Diskriminierung & Antidiskriminierung in der Pädagogik

Subjektive Funktionalität diskriminierendes Verhaltens als Ansatz der Prävention & Intervention

Intersektionalität – Verschränkung von Ungleichheitsverhältnissen

Methodenkompetenz – Erproben, Reflektieren & Anpassen von Methoden der geschlechterreflektierten, queeren & Antidiskriminierungspädagogik

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Didaktische Ansätze rund um geschlechterreflektierte Pädagogik, Förderung von Vielfalt und Abbau von Diskriminierung

Umgang mit Unsicherheit und Verletzlichkeit als dynamisierenden Faktoren der Arbeit zu Vielfalt & Antidiskriminierung

Ressourcen & Barrieren vielfaltsorientierten & nicht-diskriminierenden Handelns

Arbeit an der professionellen Haltung – Biographie-Arbeit & Selbstreflexion

Transfer in die eigene Praxis – Kollegiale Fallberatung & begleitete Praxisprojekte

Termine: Dezember 2017 - Mai 2018

Kosten: 390 Euro

Anmeldeschluss: 15. Oktober 2017

Alle weiteren Informationen, Inhalt und Anmeldung unter: www.pjw-bw.de/

Kontakt: Kai Kabs-Ballbach, Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg

Hauptstr. 6, 70563 Stuttgart, Tel: 0711-2155204, kabs@paritaet-bw.de

Pädagogische Leitung / Information: Katharina Debus* & Iven Saadi

Tel: 030-549875-51, katharina.debus@dissens.de

*Die Referentin ist Mitglied im Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW.

Quelle: AGJF-Newsletter 07/2017, www.agjf.de

Konferenz: Welche Theorie? Welche Praxis? Antidiskriminierung und Gleichstellung in Bildungskontexten

7.11.2017 bis 10.11. 2017 Erfurt

Elf Jahre nach Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und 23 Jahre nach der Novellierung von Artikel 3 des Grundgesetzes hin zu einem substanziellen Gleichstellungsauftrag sind nach wie vor folgende Fragen akut: Wer wird wodurch diskriminiert? Wer ist wie gleich gestellt bzw. soll es werden? Wer darf mitreden und darüber bestimmen?

Die Konferenz geht diesen Fragen in inhaltlich und methodisch vielfältigen Panels, zwei Keynotes und einer Podiumsdiskussion nach. Ihr Schwerpunkt liegt auf dem Bildungssektor, der breit gefasst wird und von der Hochschulbildung über Schule und Soziale Arbeit bis zur politischen Bildung im öffentlichen Raum reicht. Gleichstellung wird dabei nicht auf Maßnahmen gegen Ungleichheiten von Geschlecht und Behinderung reduziert. Zur Debatte steht vielmehr, wie ein integraler Ansatz aussehen kann, der auch Benachteiligungen anhand von Klasse, Ethnizität und Sexualität adressiert bzw. Geschlecht nicht auf Zweigeschlechtlichkeit verengt.

Wissenschaftler*innen/Praktiker*innen/Aktivist*innen sind eingeladen, theoretische Zugänge, aktuelle Forschungsergebnisse, Praxisreflexionen und Erfahrungsberichte in verschiedenen Formaten vorzustellen und zu diskutieren. Antidiskriminierungs- und gleichstellungsbezogene Maßnahmen wie z.B. Frauen- und andere möglicherweise erstrebenswerte Quoten werden aus der Perspektive theoretischer Ansätze wie Intersektionalität, Queer Theory, Diversity oder eines erneuerten philosophischen Egalitarismus in den Blick genommen. Umgekehrt wird auch gefragt, wie Erfahrungs- und Praxiswissen die Theoriebildung bereichern können. Der dadurch angestrebte Zugriff auf Antidiskriminierung und Gleichstellung fokussiert auf die thüringische Bildungslandschaft, ist aber zugleich auch national und global ausgerichtet, da die Idee ist, dass Thüringen von außen lernen kann und vice versa.

http://www.tkg-info.de/gleichstellungskonferenz_2017/

Was sollen wir wollen? Wertekonflikte und Herausforderungen durch Interkulturalität

Workshop, 25. November 2017, 9 - 17 Uhr, Tübingen

Der ganztägige Workshop findet im Rahmen der Weiterbildungsreihe "Ethik in Organisationen" statt. Veranstalter ist das Internationale Zentrum für Ethik in der Wissenschaft an der Universität Tübingen. Zielgruppen sind in der Regel Fach- und Führungskräfte aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, Bildung, Pflege und dem Gesundheitswesen.

Informationen zu Anmeldung und Kosten

Christiane Burmeister, M.A.

Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)

Universität Tübingen

Tel: 07071-29-75672

Empowerment-Training für Migrant*innen

24.11. – 25.11.2017, Landesakademie für Jugendbildung, Weil der Stadt

Am 24. und 25. November 2017 veranstaltet DEAB (Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.) ein „Empowerment-Training“. Das Training richtet sich an Migrant*innen und people of colour aus DEAB-Mitgliedsgruppen sowie Migrant*innen, die in Baden-Württemberg im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind. In einem geschützten Raum wird die Möglichkeit bestehen, sich auszutauschen, über Alltagsrassismus zu sprechen und voneinander zu lernen. Das Training wird von sehr erfahrenen Trainer*innen von Phoenix e.V. angeleitet.

<https://www.deab.de/themen-programme/interkulturelle-oeffnung-partizipation/veranstaltungen/detail/empowerment-training-fuer-migrantinnen/>

fernSicht- Werkstatt zu nordsüdpolitischer Bildung bietet Module zu Schulprojekttagen an: Aus dem Krieg ausbrechen

Die Auswirkungen von scheinbar weit entfernt liegenden Kriegen und Konflikten in Afrika, Lateinamerika oder Asien sind überall spürbar. In der hiesigen Debatte werden vor allem militärische Interventionen und die Rolle von Entwicklungszusammenarbeit in Nachkriegsregionen diskutiert. Unterbelichtet ist hingegen die Situation derjenigen, die einen großen Teil ihrer Kindheit oder Jugend in Gesellschaften gelebt haben, die von Gewalt dominiert sind. Scheinbar weit entfernt stattfindende Kriege werden in Deutschland mitfinanziert.

Der Projekttag »[Aus dem Krieg ausbrechen](#)« zielt auf eine differenzierte Sicht, die es Jugendlichen ermöglicht, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen, statt wegzuhören oder abzuwinken.

Die Bildungsangebote sind interaktiv und partizipativ gestaltet und richten sich an Schüler_innen ab der 9. Klasse. Ein Projekttag dauert in der Regel zwischen 4-5 ganzen Zeitstunden bzw. einen Vormittag.

Mehr Details zum Projekttag unter

www.fernSicht-bildung.org/themen/gender-und-krieg/projekttag

Kontakt und Buchung: bildung@iz3w.org

Quelle: www.iz3w.org

Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid

Fachtagung, 12. Oktober, 11- 18 Uhr, Köln

Aktuelle Herausforderungen in der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten im Kontext von gesellschaftspolitischen Ab- und Ausgrenzungen

In den vergangenen zwei Jahren hat sich das gesellschaftspolitische Klima in Deutschland gewandelt und schwankt zwischen der Betonung einer Willkommenskultur und zunehmenden Ab- und Ausgrenzungen von Geflüchteten. Einschränkungen des Asylrechts, verschärfte Hierarchisierungen von Geflüchteten mit ‚guter‘ und ‚geringer‘ Bleibeperspektive sowie die Erweiterung der Liste ‚sicherer Herkunftsländer‘ haben dazu geführt, dass der Alltag vieler junger Geflüchteter in NRW von ungleichen Wohn- und Lebensbedingungen, unsicheren Bleibeperspektiven und der Angst vor Ablehnungsbescheiden und Abschiebungen geprägt ist. Für pädagogische Fachkräfte aus den verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit sowie für selbstorganisierte Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die für und mit jungen Geflüchteten arbeiten, stellen diese Entwicklungen besondere Herausforderungen dar.

Die von **projekt.kollektiv** organisierte Fachtagung **Zwischen Willkommenskultur und Ablehnungsbescheid** bietet interessierten Multiplikator_innen Räume für Wissensvermittlung, Vernetzung, Austausch und Reflexion der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive.

Zielgruppen

- Pädagogische Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozial- und der Jugendbildungsarbeit
- Selbstorganisierte (Willkommens-)Initiativen, Vereine und Einzelpersonen
- Junge Geflüchtete, die als (zukünftige) Multiplikator_innen in eigenen Initiativen oder Organisationen aktiv sind oder sein möchten

Veranstaltungsort: Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Straße 429, 50825 Köln

Zur Anmeldung

www.ida-nrw.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetails/register/result/reguid/hmac/ida-nrw-fachtagung-zwischen-willkommenskultur-und-ablehnungsbescheid/

Kontakt: Kolja Koch

projekt.kollektiv - Jugendbildungsarbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive

IDA-NRW, Volmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 - 15 92 55-67, kolja.koch@IDA-NRW.de, www.IDA-NRW.de

„Ist doch normal, oder?“ – Diversitätsbewusstsein in Einrichtungen der Jugend(bildungs-) arbeit entwickeln und verankern

3-tägiger Workshop, 13. bis 15. Oktober 2017, Naturfreundehaus Hannover

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist geprägt von Diskriminierung und Ungleichheit. Der Zugang zu Ressourcen und Institutionen ist u. a. davon abhängig, wie Menschen im Hinblick auf unterschiedliche Differenzlinien — etwa Religion, sexuelle Orientierung, Geschlecht, soziale und ethnisierte Herkunft oder Gesundheit — positioniert werden. Diese Differenzlinien und ihre diskriminierenden Folgen wirken sich auch auf die Jugend(verbands)- und Bildungsarbeit aus. Sie werden relevant im Verhältnis zwischen Pädagog_innen und Adressat_innen, Haupt- und Ehrenamtlichen, zwischen Kolleg_innen oder in Kooperationen zwischen Einrichtungen. Dabei äußern sie sich nicht nur im direkten Kontakt zwischen Menschen, sondern prägen auch die Strukturen und Routinen von Einrichtungen oder die Materialien, mit denen gearbeitet wird. Diskriminierende Strukturen wirken daher oft unbeabsichtigt, z. B. weil Vorstellungen davon, was und wer als „normal“ angesehen wird, aber auch was als „normal“ in der Einrichtung gilt,

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Menschen ausschließen und abwerten können. Ein diskriminierungskritischer Diversitätsansatz thematisiert in diesem Zusammenhang sowohl die eigene Haltung und das eigene Verhalten als auch die ausschließenden Wirkungen von Institutionen und Strukturen.

Weitere Informationen zu Workshopinhalten, Anmeldeverfahren und Kosten

www.idaev.de

Kontakt: Sebastian Seng, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V., Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Info@idaev.de

Welche Theorie? Welche Praxis? Antidiskriminierung und Gleichstellung in Bildungskontexten

4-tägige Konferenz, 07.-10. November, Erfurt

Elf Jahre nach Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und 23 Jahre nach der Novellierung von Artikel 3 des Grundgesetzes hin zu einem substanziellen Gleichstellungsauftrag sind nach wie vor folgende Fragen akut: Wer wird wodurch diskriminiert? Wer ist wie gleich gestellt bzw. soll es werden? Wer darf mitreden und darüber bestimmen?

Die Konferenz geht diesen Fragen in inhaltlich und methodisch vielfältigen Panels, zwei Keynotes und einer Podiumsdiskussion nach. Ihr Schwerpunkt liegt auf dem Bildungssektor, der breit gefasst wird und von der Hochschulbildung über Schule und Soziale Arbeit bis zur politischen Bildung im öffentlichen Raum reicht. Gleichstellung wird dabei nicht auf Maßnahmen gegen Ungleichheiten von Geschlecht und Behinderung reduziert. Zur Debatte steht vielmehr, wie ein integraler Ansatz aussehen kann, der auch Benachteiligungen anhand von Klasse, Ethnizität und Sexualität adressiert bzw. Geschlecht nicht auf Zweigeschlechtlichkeit verengt.

Wissenschaftler*innen/Praktiker*innen/Aktivist*innen sind eingeladen, theoretische Zugänge, aktuelle Forschungsergebnisse, Praxisreflexionen und Erfahrungsberichte in verschiedenen Formaten vorzustellen und zu diskutieren. Antidiskriminierungs- und gleichstellungsbezogene Maßnahmen wie z.B. Frauen- und andere möglicherweise erstrebenswerte Quoten werden aus der Perspektive theoretischer Ansätze wie Intersektionalität, Queer Theory, Diversity oder eines erneuerten philosophischen Egalitarismus in den Blick genommen. Umgekehrt wird auch gefragt, wie Erfahrungs- und Praxiswissen die Theoriebildung bereichern können. Der dadurch angestrebte Zugriff auf Antidiskriminierung und Gleichstellung fokussiert auf die thüringische Bildungslandschaft, ist aber zugleich auch national und global ausgerichtet, da die Idee ist, dass Thüringen von außen lernen kann und vice versa

Programm und Anmeldung

www.tkg-info.de/gleichstellungskonferenz_2017/

Veranstaltungsort

Collegium Maius, Michaelisstr. 39, Erfurt

Kontakt

gleichstellungskonferenz2017@uni-erfurt.de

Die Freiheit den Mund aufzumachen

Fachtagung, 22.-24. November, Jugendbildungsstätte Franken

Unter dem Titel: „Die Freiheit den Mund aufzumachen“ (E.Fried), werden rassismuskritische Ansätze in Jugend- und Bildungsarbeit thematisiert.

Referent_innen: Prof. Dr. Paul Mecheril*, Prof. Dr. Karim Fereidooni, Tupoka Ogette (Autorin: „exit RACISM“), Austen P. Brandt (Phoenix eV), Jürgen Schlicher (Diversity)

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Works), Nils Oskamp (Comicautor: „Drei Steine“), Hamado Dipama (Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern)

Alle weiteren Informationen: Jugendbildungsstätte Unterfranken
Berner Str. 14, 97084 Würzburg
info@jubi-unterfranken.de, Tel: 0931- 73041010

*Mitglied im Netzwerk Rassismuskritik Baden-Württemberg

Globalisierung und Schule: Fachtag zum Thema "Flucht"

Fachtag, 05. Dezember, PI München

Weltweit wächst die Zahl von Menschen auf der Flucht. Dies beschäftigt auch unsere (Stadt-) Gesellschaft. Bei der Aufgabe, Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung zu stärken und die Gesellschaft auf das neue Zusammenleben vorzubereiten, spielen Schulen eine zentrale Rolle.

Die Vorträge beim Fachtag eröffnen einen Blick auf

- globale und internationale Zusammenhänge im Kontext Flucht,
- gesellschaftliche und mediale Diskurse über Flucht und Geflüchtete in Deutschland,
- Lebensrealitäten und Perspektiven junger geflüchteter Menschen.

Die Workshops/Foren

- Bieten Ideen und Methoden zum Globalen Lernen in der Schule,
- eröffnen Einsichten in die Auswirkungen von Flucht und Migration auf junge Geflüchtete,
- laden ein zum Nachdenken über die Frage, was es für Professionelle ohne Fluchterfahrung in der pädagogischen Arbeit im Kontext Flucht besonders zu beachten gilt,
- verschaffen Einblicke in Möglichkeiten des Empowerment in der Arbeit mit geflüchteten Menschen.

Zielgruppen sind vor allem

- Lehrkräfte, die das Thema Flucht im Unterricht behandeln,
- Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter_innen, die mit geflüchteten Kindern
- weitere Interessierte im Bildungsbereich.

Alle weiteren Informationen und die Anmeldung finden sich unter
www.pi-muenchen.de/index.php?id=45&kursnummer=73-GA0.05

Zielgruppe: Lehrkräfte aller Schularten und Schulsozialarbeiter_innen

Kosten: Die Veranstaltung ist kostenfrei

Veranstaltungsort: Pädagogisches Institut, Herrnstr. 19, 80539 München

Referent_innen: Barbara Abdallah-Steinkopff, Zehranur Aksu, Nevroz Duman, Dr. phil. Margarete Jäger, Marita Matschke, Peggy Piesche, Nina Simon, Nenad Cupic, Thomas Gebauer, Götz Kollé, Christoph Steinbrink

Kontakt: Claudia Coffaro

Tel: 089- 233-32101, claudia.coffaro@muenchen.de

Materialien

Landeszentrale für politische Bildung BW (Hg.): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik

Dokumentation einer Klausurtagung für Programmverantwortliche in den Feldern Extremismusprävention und Antidiskriminierung

Mit Beiträgen von Prof. Dr. Claus Melter*, damals: Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Kurt Möller, Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Nausikaa Schirilla*, Kath. Hochschule Freiburg Programme und Projekte im Bereich Extremismusprävention basieren häufig auf der Grundlage des GMF-Konzeptes, im Bereich Antidiskriminierung dagegen vorwiegend auf Theorien aus dem Feld der Rassismuskritik. Aus diesen theoretischen Grundlegungen folgen auch je unterschiedliche konzeptionelle und praktische Ansätze.

Es ist in letzter Zeit eine spannende Annäherung und zunehmende Kooperationen zwischen den beiden Handlungsfeldern zu beobachten. Gleichzeitig finden diese Kooperationen oft mit wenig Wissen über die jeweils anderen theoretischen Grundlagen statt. Dies wäre allerdings notwendig, um prüfen zu können, wo Kooperationen sinnvoll sind und wie sie gestaltet werden können, ohne reelle Unterschiede zudecken zu müssen. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Projekt IKÖ³, Fachdienst Jugend, Bildung, Migration der BruderhausDiakonie Reutlingen [https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik.pdf](https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_und_Rassismuskritik.pdf)

Foitzik, Andreas: „Sprechen in machtvollen Verhältnissen – die Perspektive der Rassismuskritik“

Vortrag bei der Veranstaltung „Jenseits von Sexismus und Rassismus?“, 27.7.2017, Tübingen

Am Donnerstag, 27.7. fand im Tübinger Weltethosinstitut die Veranstaltung „Jenseits von Sexismus und Rassismus? Von der Schwierigkeit über sexualisierte Gewalt zu sprechen“ statt. Sie wurde veranstaltet von der Fachschaft Erziehungswissenschaft in Kooperation mit dem Institut für Erziehungswissenschaft der Uni Tübingen und dem „Netzwerk Antidiskriminierung e.V.“.

250 Zuhörer*innen diskutierten in der dreistündigen Veranstaltung intensiv die drei kurzen Beiträge von Andreas Foitzik, Geschäftsführer des Netzwerk Antidiskriminierung e.V., von der Tübinger Medienwissenschaftlerin Dr. Tanja Thomas, sowie von Prof. Dr. Ingrid Hotz-Davies, English Literature and Gender Studies, ebenfalls von der Uni Tübingen.

Auf vielfachen Wunsch dokumentieren wir hier den Beitrag „Sprechen in machtvollen Verhältnissen – die Perspektive der Rassismuskritik“ von Andreas Foitzik.

<http://netzwerk-antidiskriminierung.de/blog/2017/08/04/jenseits-von-sexismus-und-rassismus-von-der-schwierigkeit-ueber-sexualisierte-gewalt-zu-sprechen/>

Bröse, Johanna, Faas, Stefan, Stauber, Barbara (Hrsg.): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit

Publikation der Tagungsbeiträge des Sozialpädagogiktags 2016

In dem Band werden neue Anforderungen in unterschiedlichen Handlungsfeldern beschrieben und diskutiert, die sich ganz grundsätzlich und zwangsläufig im Umgang mit Geflüchteten ergeben: Menschen mit traumatisierenden Erfahrungen benötigen konkrete Hilfen, minderjährige Geflüchtete müssen in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe aufgenommen werden, Rassismen, Stigmatisierungen und Diskriminierungen muss gerade von professioneller Seite reflektiert begegnet werden. Neben theoretischen Einordnungen zum Flüchtlingsdiskurs liefern die Beiträge Antworten auf aktuelle Fragen und entwickeln praxisrelevante Zugänge zum Thema.

Er versammelt die Beiträge von Maria do Mar Castro Varela, Albert Scherr, Safiye Yıldız, Louis Henri Seukwa, Stefan Faas, Ulrike Schneck, Johanna Bröse, Christian Peucker, Sabrina Brinks und Eva Dittmann, die Sie auch auf der Tagung hören konnten, und die nun aktualisiert und zu Artikeln ausgearbeitet wurden, ergänzt um Beiträge von Autor_innen, die noch dazu gewonnen werden konnten: Astrid Messerschmidt, Micha Brumlik, Maria Kechaja und Rainer Treptow.

Unter den Autor_innen sind viele Mitglieder des Netzwerk Rassismuskritik Baden-Württemberg.

Zur Bestellmöglichkeit

www.springer.com/de/book/9783658170912#otherversion=9783658170929

ISBN 978-3-658-17092-9, Preis: 22,99€, Softcover Preis: 29,99€

Gleichbehandlungsverpflichtungen von staatlichen Institutionen

Dossier des BUG e.V.

Die Bearbeitung von Diskriminierung kann in unterschiedlichen Formen vorgenommen werden. Eine Form legt den Fokus darauf sich gegen individuelle Diskriminierung nachträglich zur Wehr zu setzen. Eine zweite Form versucht mittels der Entwicklung positiver Maßnahmen, die eigens für die benachteiligten Gruppen zugeschnitten sind, Diskriminierung entgegenzuwirken. Um Benachteiligung systematisch auszugleichen, werden in einer weiteren Form Institutionen gesetzlich dazu verpflichtet, Gleichbehandlung in ihre Maßnahmen zu integrieren und auf diese Weise zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke gibt es in Nordirland, Großbritannien und der Republik Irland sogenannte Gleichbehandlungsverpflichtungen von staatlichen Institutionen (auf Englisch: Public Sector Equality Duties). Sie sind eine Weiterentwicklung der sogenannten positiven Maßnahmen und verpflichten staatliche Institutionen gesetzlich dazu, Gleichbehandlung bei der Ausübung ihrer Aufgaben stets zu praktizieren. Das bedeutet, dass sie Gleichbehandlung bei all ihren Tätigkeiten, z.B. beim Erbringen von Dienstleistungen, beim Fällen von Entscheidungen oder beim Ergreifen von Maßnahmen, angemessen berücksichtigen müssen.

In diesem Dossier erhalten Sie eine **Einführung** in das Thema Gleichbehandlungsverpflichtungen der öffentlichen Hand. Es werden die entsprechenden **Rechtsgrundlagen** der gesetzlichen Pflichten dargestellt und ihre **Umsetzung** in Nordirland, Großbritannien und der Republik Irland erläutert.

Alle Informationen

<http://www.bug-ev.org/themen/schwerpunkte/dossiers/gleichbehandlungsverpflichtungen-von-staatlichen-institutionen.html>

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Marcin Michalski, Ramses Michael Oueslati (Hg.): Standhalten - Rassismuskritische Unterrichtsmaterialien und Didaktik für viele Fächer, mit Kurzfilm

Der Reader enthält fächerübergreifende rassismuskritische Unterrichtsmaterialien zu dem prämierten unterrichtskompatiblen Kurzfilm »standhalten«. Dieser ist auf der DVD zu finden.

Auf der DVD gibt es weitere Materialien, die nicht mit dem Kurzfilm in Verbindung stehen. Diese rassismuskritischen Materialien sind meist eingebettet in rahmenplankompatible Themen für viele Fächer, ohne dass aus jedem Thema nur noch Rassismuskritik wird und andere Probleme aus den Augen verloren werden. Rassismuskritische Aspekte beim Thema Kinder der Welt im Fach Politik? Funktioniert. Bei Volumina und Kreisdiagramm in Mathematik? Möglich. Bei der Behandlung der Antike in Geschichte? Geht gut. Eine faire und selbstbewusste Bewerbung schreiben? Klar. Ein ganzes Theaterstück? Liegt anbei. Goethe in Deutsch, Gedankenexperimente in Philosophie... und viele Themen mehr.

Download und Bestellmöglichkeit: http://www.stiftung-do.org/wp/wp-content/uploads/2016/09/standhalten_web_pdf.pdf

Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen- Anhalt e. V. (Hg.): Genderblick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrungen

Arbeitshilfe

Die Diskussion über Zuwanderung und die Integration von Geflüchteten wird allzu oft polarisierend geführt. Differenzierte Antworten, besonders in Hinblick auf die vielfältigen Lebenslagen und Bedürfnisse von Jungen und Mädchen, gehen in der Auseinandersetzung meist unter. Der Expertenreader will diesen Teufelskreis mit spezifizierten Betrachtungen und Diskussionsbeiträgen durchbrechen. Neben einem theoretischen Teil werden auch verschiedene Projekte und ihre Arbeitsansätze vorgestellt und reflektiert.

Magdeburg, 2016, 166 S., Sachinformation, Unterrichtsmaterial / Arbeitshilfe / Loseblattsammlung

Zur Bestellmöglichkeit/Download

www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6270/genderblick-auf-kinder-undjugendliche-mit-migrationserfahrungen.html

Quelle: Infomail 03/2017, www.idaev.de

Vielfalt im Klassenzimmer - ungleicher Bildungserfolg

Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien haben im deutschen Bildungssystem weiterhin weniger Erfolg als jene ohne Migrationshintergrund. Um diese Unterschiede abzubauen, sind nicht nur die Herkunftsfamilien und das Bildungssystem gefordert; auch die einzelnen Lehrenden spielen dabei eine Rolle. Das Berliner Institut für empirische

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) haben dazu ein gemeinsames Forschungsprojekt durchgeführt. In drei Teilprojekten wurde untersucht, inwiefern Leistungserwartungen von Lehrkräften den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund beeinflussen und wie negativen Effekten entgegengesteuert werden kann. Hierzu wurden Daten aus drei Studien ausgewertet und teilweise selbst erhoben.

Die Ergebnisse der Studie können hier eingesehen werden

www.svr-migration.de/publikationen/vielfalt-im-klassenzimmer/

Quelle: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2017

Keine Abschiebung aus Bildungseinrichtungen

Handlungsleitfaden für Pädagog_innen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert, den Kinderrechten und dem international gültigen Menschenrecht auf Bildung (UN-Sozialpakt, UN-Kinderrechtskonvention und Charta der Grundrechte der EU) einen höheren Stellenwert einzuräumen als den nationalen aufenthaltsrechtlichen Vorschriften. Bildungseinrichtung seien Schutzräume, aus denen heraus nicht abgeschoben werden dürfe.

Nach Bundesaufenthaltsgesetz besteht keine Auskunftspflicht gegenüber der Polizei. Kein Pädagoge/keine Pädagogin müsste der Polizei mitteilen, wo sich eine geflüchtete Person befände. Aber wie verhält man sich richtig in solch einer Situation, wenn die Polizei im Lehrerzimmer oder im Büro des Direktors oder des Schulsekretariats steht?

Der von der GEW Bayern verfasste Leitfaden bietet eine Handlungsorientierung, wie sie in konkreten Fällen verfahren können. Der Leitfaden steht im Anhang zum Download zur Verfügung. Rechtsanwalt Hubert Heinhold aus München hat den Leitfaden erarbeitet.

Zum Download

http://news.bagkjs.de/media/raw/GEW_Leitfaden_Abschiebung_Schule_Bayern_Heinhold_Juni_2017.pdf

Quelle: News BAGKJS 611/2017, www.bagkjs.de

Was Jugendliche zur Flucht treibt

Neue UNICEF-Studie zu geflüchteten Jugendlichen in Italien und Griechenland

Eine neue UNICEF-Studie über die Fluchtursachen und Erfahrungen von geflüchteten oder migrierten Jugendlichen in Europa kommt zu einem überraschenden Ergebnis: Über die Hälfte der befragten afrikanischen Jugendlichen gab nach der Ankunft in Italien an, dass Europa ursprünglich gar nicht ihr Ziel war.

Die katastrophalen Bedingungen in Libyen haben sie häufig dazu gebracht, letzten Endes die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer zu wagen. Außerdem sind die Jugendlichen oft ohne Absprache oder das Wissen ihrer Familien aufgebrochen. Für die Studie hat die Organisation „Reach“ im Auftrag von UNICEF die Situation von geflüchteten oder migrierten Kindern und Jugendlichen in Italien und Griechenland untersucht. Insgesamt wurden 850 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren interviewt. Das Bild ist in beiden Ländern sehr unterschiedlich: Während in Griechenland hauptsächlich Mädchen und Jungen mit ihren Familien aus Syrien, dem Irak und Afghanistan eintreffen, stammen Minderjährige in den Aufnahmezentren in Sizilien meist aus afrikanischen Ländern, sind männlich und allein unterwegs. In den ersten sechs

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Monaten des Jahres sind rund 12.000 minderjährige Flüchtlinge in Italien angekommen, 93 Prozent von ihnen waren unbegleitet.

Mehr Push-Faktoren als Pull-Faktoren für Flucht aus Afrika 75 Prozent der in Italien befragten Jugendlichen haben nach eigener Aussage die Entscheidung, ihr Heimatland zu verlassen, alleine getroffen. Neben der schwierigen politischen Lage in der Heimat wurden fehlende Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, aber auch familiäre Probleme oder häusliche Gewalt als Gründe angegeben. Weniger als die Hälfte hatte ursprünglich vor, nach Europa zu gehen. Vielmehr suchten die Jugendlichen in der Regel zunächst in den Nachbarländern Schutz und neue Chancen und trafen die Entscheidung für die Weiterreise erst nach und nach.

„Bemerkenswert an dieser Studie ist: Sie legt zum ersten Mal dar, dass es deutlich mehr Push-Faktoren gibt als bisher bekannt, die Jugendliche aus ihrer Heimat vertreiben, und weniger Pull-Faktoren, die sie nach Europa locken“, sagte Afshan Khan, UNICEF-Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien.

Traumatische Erfahrungen in Libyen Geflüchtete und migrierte Jugendliche in Italien gaben einstimmig an, dass ihre Zeit in Libyen der schlimmste Teil ihrer Landroute war. Fast die Hälfte (47 Prozent) von ihnen berichtete, dass sie dort gekidnappt und festgehalten wurden, um Lösegeld zu erpressen. Rund jeder Vierte (23 Prozent) sagte, dass er willkürlich verhaftet und ohne Angabe von Gründen eingesperrt wurde. Die Mehrzahl der Jugendlichen in den Aufnahmezentren in Sizilien stammt aus einer Reihe von Ländern in Subsahara-Afrika. Manche kommen aber auch aus weit entfernten Herkunftsländern wie Bangladesch.

„Diejenigen, die Europa als Ziel hatten, wurden von der Aussicht auf weiterführende Bildung, Respekt für ihre Rechte und den Wunsch, im Leben weiterzukommen, angetrieben. Allerdings sieht die Realität, wenn sie in Europa ankommen, leider ganz anders aus und ihre Erwartungen werden enttäuscht“, sagte Afshan Khan.

In Griechenland gab ein Drittel der Eltern oder Erziehungsberechtigten an, dass Bildung für ihre Kinder der Hauptgrund für die Flucht der Familie nach Europa war. Die Studie zeigt jedoch, dass lange Asylverfahren und Unwissen über ihre Rechte dazu führen, dass viele Jugendliche aus den Aufnahmesystemen in Italien und Griechenland fallen. Dadurch verlieren sie weitere Monate oder Jahre für Bildung und sie sind großen Gefahren durch Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt.

UNICEF hat einen Sechs-Punkte-Plan für geflüchtete und migrierte Kinder vorgelegt.

Zum Download

<https://www.unicef.de/informieren/materialien/children-on-the-move/147280>

Diskriminierung bei der Arbeitsvermittlung

3. Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Bei der Arbeitsvermittlung in Deutschland bestehen teils gravierende Diskriminierungsrisiken. Das geht aus dem gemeinsamen Bericht an den Deutschen Bundestag hervor, den die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und mit der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen vorgestellt hat. Jobcenter und Arbeitsagenturen gewähren nicht allen Erwerbslosen die gleiche Unterstützung. Zu diesem Schluss kommt der neue Bericht über Diskriminierung in Deutschland. Hauptgrund sind dem Bericht zufolge behördliche Verfahrensweisen wie beispielweise das Kennzahlensystem der Jobcenter. Es führe dazu, dass die Vermittler Erwerbslose vernachlässigten, die besonders viel Unterstützung und Beratung bräuchten. Die Kennzahlen geben Auskunft darüber, wie erfolgreich ein Jobcenter Erwerbslose in Arbeit vermittelt. Der Bericht über Diskriminierung in Deutschland richtet sich an den Bundestag und umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Die Antidiskriminierungsstelle legt alle vier Jahre gemeinsam mit den zuständigen Beauftragten der Bundesregierung eine solche Bilanz vor.

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Auszüge aus dem Bericht

http://news.bagkjs.de/diskriminierung_bei_der_arbeitsvermittlung

Zum gesamten Bericht

www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/Gemeinsamer_Bericht_dritter_2017.html?nn=6575434

Quelle: News BAGKJS 611/2017, www.bagkjs.de

Du+Ich=Wir

Kampagne von der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) mit Lesben und Schwulen Verband (LSVD) und dem Liberal islamischen Bund e.V. (LIB)

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) setzt mit der Kampagne „Du+Ich=Wir“ gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) und dem liberal-islamischen Bund (LIB) ein Zeichen für eine offene und freie Gesellschaft. Die Verbände stehen zusammen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen jederzeit und an jedem Ort ohne Angst und Anfeindungen verschieden sein können. Darüber hinaus freut sich die TGD, dass mit der Kampagne ein klares Zeichen gegen Homophobie und Islamfeindlichkeit gesetzt wird.

Das Fundament der Kampagne basiert auf gemeinsamen Ausgrenzungs- und Marginalisierungserfahrungen, die sowohl türkeistämmige, als auch schwul-lesbische Communities machen.

Weitere Informationen zu der Kampagne und der Postkartenaktion

www.tgd.de/2017/05/16/tgd-startet-kampagne-mit-lsvd-und-lib-duichwir/

Kontakt

Susanna Steinbach

susanna.steinbach@tgd.de

Tel: 030 - 23635592

Quelle: TGD-NL 02/2017, www.tgd.de

Sabine Hark, Paula-Irene Villa: Unterscheiden und herrschen - Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart

Mit der Kölner »Nacht, die alles veränderte« ist einiges in Bewegung geraten. Vielleicht sind Bewegungen auch nur sichtbar geworden. Feministische Anliegen finden zwar verstärkt Gehör, doch dies ist eng verwoben mit neuen Rassismen und der Kulturalisierung sozialer Ungleichheiten. Eine der hier auffälligsten Paradoxien ist die Mobilisierung von Gender, Sexualität und einer Vorstellung von Frauenemanzipation durch nationalistische und fremdenfeindliche Parteien sowie durch konservative Regierungen zur Rechtfertigung rassistischer bzw. islamfeindlicher Ausgrenzungspolitiken.

Wollen wir dagegen verstehen, wie unsere gesamte Lebensweise in Kategorien der Über- und Unterordnung gefasst ist und wie diese feinen Unterschiede Handeln, Einstellungen und Gefühle aller bestimmen, dann gilt es, Sexismus, Rassismus und Heteronormativität nicht als voneinander unabhängige soziale Teilungsverhältnisse zu untersuchen. Die Analyse komplexer Wirklichkeiten erfordert ein Nachdenken, das die wechselseitige Bedingtheit verschiedener Differenzen in den Blick nimmt.

Zur Bestellmöglichkeit

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3653-6/Unterscheiden-und-herrschen

Wir müssen draußen bleiben -Warum Hanna zur Besichtigung eingeladen wird und Ismail nicht

Projekt Hanna und Ismail vom BR und dem Spiegel

Wer mit einem ausländischen Namen eine Wohnung sucht, hat es deutlich schwerer als ein deutscher Bewerber. Besonders stark diskriminiert werden Menschen mit arabischem und türkischem Namen. Das zeigt ein groß angelegtes Experiment der Datenjournalisten des Bayerischen Rundfunks und des SPIEGEL.

Weitere Informationen

www.hanna-und-ismail.de

Bernd Kasperek: Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration -Eine kritische Einführung

Seit dem Jahr 2000 sind über 30.000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Die hochgerüsteten Außengrenzen der Europäischen Union zwingen Schutzsuchende auf immer gefährlichere, nicht selten tödliche Fluchtwege. Dieses tausendfache Sterben nehmen die politisch Verantwortlichen bis heute in Kauf: Die ansonsten gern beschworenen universellen europäischen Werte – Humanität und Menschenrechte – werden so als Worthülsen entlarvt.

Das Buch zeichnet in kompakter Form die Eckpunkte der europäischen Asyl-, Einwanderungs- und Grenzpolitik der letzten 30 Jahre nach, beschreibt ihr Scheitern und erörtert Grundlagen einer realitätsorientierten Migrationspolitik. Mit Glossar, Landkarten und kommentierten Lektürehinweisen.

Weitere Informationen

www.berzt-fischer.de/product_info.php?cPath=21_135&products_id=488

Kasperek, Bernd. Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration.

Berlin: Bertz+Fischer, 150 Seiten

ISBN 978-3-86505-738-9

Marc Speer: Die Geschichte des formalisierten Korridors. Erosion und Restrukturierung des Europäischen Grenzregimes auf dem Balkan

Vor zwei Jahren kamen hunderttausende Flüchtlinge während des *langen Sommers der Migration* über die Türkei, Griechenland und den Balkan vor allem nach Deutschland. Dort wurden sie zunächst in einer unerwarteten Welle der Solidarität willkommen geheißen. Zweifelsohne weht der Wind zwischenzeitlich wieder erheblich rauer. Dennoch: Der *formalisierte Korridor* über den Balkan stellte eine Zäsur im Europäischen Grenzregime dar. Wir würden sogar von seinem temporären Totalzusammenbruch sprechen. Bisher wurden Zustandekommen des *formalisierten Korridors*, seine geographischen und qualitativen Veränderungen, sowie der Prozess seiner Schließung dennoch nicht zusammenhängend beschrieben. Diese Lücke schließt der vorliegende Bericht, der sich in sechs Phasen untergliedert.

Die erste Phase setzt sich mit der Formalisierung des südlichen Teils des Korridors in Serbien und Mazedonien auseinander. Diese geht der Formalisierung des nördlichen Teils, die in der zweiten Phase thematisiert wird, zeitlich voraus. Daran anschließend wird die

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

geographische Verlagerung des *formalisierten Korridors* nach Kroatien (dritte Phase) und nach Slowenien (vierte Phase) in den Blick genommen. In der fünften Phase wird die Verengung des Zugangs zum *formalisierten Korridor* thematisiert, die schlussendlich in seine Schließung mündete (sechste Phase).

Zur Bestellmöglichkeit

bestellung@bordermonitoring.eu

Zur Online-Version

<http://bordermonitoring.eu/analyse/2017/08/formalisierter-korridor>

Sonstiges

„respect!“ in sozialen Netzwerken: Meldestelle gegen Hetze im Netz startet

Beschimpfungen, Verunglimpfungen oder aggressive Beleidigungen ersetzen im Netz immer wieder sachbezogene Argumentation. Wer sich regelmäßig in sogenannten sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter bewegt, stößt rasch auf Hasskommentare. Das kann jeden treffen, der sich politisch engagiert oder eine kontroverse Meinung vertritt. Dabei sind solche in der vermeintlichen Anonymität verfassten Beiträge keineswegs harmlos. Sie erfüllen sehr häufig nach deutschem Recht Straftatbestände. Diese werden kaum geahndet. Ein rechtsfreier Raum entsteht, der Kommunikationsverhalten prägt.

„respect! die Meldestelle für Hetze im Netz“, die im Demokratiezentrum Baden-Württemberg seit Mitte Juli 2017 den Betrieb aufgenommen hat, will dafür sorgen, dass solche Vergehen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Menschenverachtung und Hass als persönliche Äußerung oder politische Strategie dürfen auch virtuell nicht akzeptiert werden.

Unter www.respect.demokratiezentrum-bw.de können verdächtige Einträge gemeldet werden. Die Meldestelle prüft, ob Gesetze verletzt wurden und leitet daraufhin weitere Schritte ein.

„respect!“ ist ein Angebot des Demokratiezentrums Baden-Württemberg. Das Demokratiezentrum wird aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und aus Mitteln des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg unterstützt.

Kontakt

Stephan Ruhmannseder

Tel: 07042- 8317-37, ruhmannseder@demokratiezentrum-bw.de

Das Projekt „Romane Krla“ von Amaro Drom sucht Bewerber_innen

Das Projekt „Romane Krla“ (Roma-Stimmen) zielt darauf ab, junge Rom_nja zu Multiplikator_innen in den Themenbereichen der Erinnerungskultur, Geschichte und Menschenrechtsbildung zu qualifizieren.

Das Projekt bietet jungen Rom_nja-Aktivist_innen und Multiplikator_innen eine einzigartige Gelegenheit, ihre Fähigkeiten aufbauend auf ihren bisherigen Erfahrungen zu erweitern, um Multiplikator_innen für die Geschichte und Erinnerungskultur von Rom_nja, Jüd_innen und anderen Minderheiten zu werden. Die Teilnehmer_innen erlernen didaktische und pädagogische Fähigkeiten um Aktivitäten umzusetzen, die ein Bewusstsein für die Ermordung von Rom_nja, Jüd_innen und anderen Minderheiten während des Zweiten Weltkriegs schaffen sowie vergangene und aktuelle Mechanismen von Rassismus beleuchten.

Besonders zur Teilnahme ermutigt werden Rom_nja zwischen 18 und 25 Jahren. Eventuell können auch ältere Bewerber_innen mitwirken.

Bewerbungsschluss: 17. September 2017.

Informationen: Amaro Foro e. V.

Tel: 0 30 - 43 20 53 73, info@amaroforo.de, <http://amarodrom.de/romane-krla-1>

Quelle: IDA Infomail 04/2017, www.idaev.de

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Schauspiel Köln: Aus dem Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ die Rede von İbrahim Arslan

„Unsere größte Sehnsucht ist, euch unsere Geschichten zu erzählen.“

Die versprochene „lückenlose Aufklärung“ im NSU-Komplex ist weit entfernt. Das treibt besonders die Betroffenen um. Im Schauspiel Köln kamen sie zum Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘ zusammen. MiGAZIN veröffentlicht die Rede von İbrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Brandanschlages von Mölln 1992, auf dem Tribunal.

Zur vollständigen Rede

www.migazin.de/2017/06/02/moelln-ueberlebender-unsere-sehnsucht-geschichten/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de , 02.06.2017

Diskriminierung auf dem Mietmarkt

Bericht im Nachtmagazin, ARD vom 22.06.2017

www.tagesschau.de/multimedia/video/video-301011.html

Quelle: www.tagesschau.de

Berliner Neutralitätsgesetz: Lehramtsbewerberin mit Kopftuch erhält Entschädigung

Artikel im migazin vom 27. Juni 2017

Der Wirbel um das Berliner Neutralitätsgesetz reißt nicht ab. Zwei muslimische Lehramtsbewerberinnen sahen sich wegen ihres Kopftuchs unfair behandelt. Sie klagten gegen das Land Berlin, eine junge Frau erhält nun eine Entschädigung.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2017/06/27/berliner-neutralitaetsgesetz-lehramtsbewerberin-kopftuch-entschaedigung/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Kodex zur Behinderung von Lebensrettung

Artikel von PROAsyl, 12.07.2017

Rund 40% der Seenotrettungseinsätze im zentralen Mittelmeer werden von humanitären Organisationen durchgeführt. Italien will den zivilen Seenotrettungsorganisationen einen neuen sogenannten Verhaltenskodex auferlegen. Es drohen massive Behinderungen und Verzögerungen von Rettungsoperationen mit fatalen Folgen: noch mehr Tote im Mittelmeer.

Zum Artikel

www.proasyl.de/news/sie-nennen-es-verhaltenskodex-eu-will-zivile-seenotrettungsorganisationen-an-die-kette-legen/

Quelle: www.proasyl.de

Neue Abschiebungen nach Afghanistan- Zum Widerstand verpflichtet

Artikel auf dem medico-Blog vom 22. 06.2017

Zum Artikel: <https://www.medico.de/blog/zum-widerstand-verpflichtet-16794/>

Quelle: www.medico.de

Europäischer Gerichtshof: Pauschale Personenkontrollen wegen illegaler Einreise nicht erlaubt

Artikel im migazin vom 22. Juni 2017

Die Bundespolizei darf in Grenznähe, an Bahnhöfen und in Zügen verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen, diese dürfen aber nicht zu systematischen Grenzkontrollen ausarten. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg klargestellt.

Zum vollständigen Artikel: www.migazin.de/2017/06/22/europaeischer-gerichtshof-pauschale-personenkontrollen-einreise/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Kinderrechte im Grundgesetz helfen auch Flüchtlingen

Artikel im migazin vom 17.07.2017

Kinder genießen grundsätzlich Schutz nach der EU-Grundrechtcharta und der UN-Kinderrechtskonvention. In der Praxis kommen Völker- und Europarecht aber oft zu kurz. Abhilfe könnte eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz schaffen. Das würde auch Flüchtlingskindern helfen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2017/07/17/juristen-kinderrechte-im-grundgesetz-helfen-auch-fluechtlingen/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Kino: Eingeschlossen im syrischen Krieg

Artikel im migazin vom 22. Juni 2017

Der belgische Regisseur Philippe Van Leeuw konzentriert in seinem Spielfilm „Innen Leben“ den Syrienkrieg auf ein Kammerspiel. In einer Wohnung verbarrikadiert suchen neun Menschen Schutz vor den Gräueln – eine hoffnungslose Lage.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2017/06/22/kino-ingeschlossen-im-syrischen-krieg/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Jugendliche in überraschendem Ausmaß religionsfern

Studie zur Radikalisierung, Artikel im migazin vom 11.07.2017

Die sogenannte dschihadistische Jugendszene in Deutschland ist in überraschendem Ausmaß religionsfern und gehört keiner Moscheegemeinde an. Wie aus einer aktuellen Studie hervorgeht, basteln sie sich ihren eigenen „Lego-Islam“.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2017/07/11/studie-zur-radikalisierung-jugendliche-in-ueberraschendem-ausmass-religionsfern/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Die EU-Flüchtlingspolitik ist in jeder Beziehung besorgniserregend

Gastbeitrag von Barbara Lochbihler, Vizepräsidentin des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments

Schon Otto Schily hat 2004 vorgeschlagen, europäische Asylverfahren in Afrika durchzuführen. Damals war die Idee nicht mehrheitsfähig. Inzwischen prägen Rechts- und Wortbrüche die europäische Flüchtlingspolitik.

http://www.migazin.de/2017/09/01/werteentsorgung-die-eu-fluechtlingspolitik-beziehung/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Gesellschaftliche Spaltung im Sog des Populismus

Von Prof. Dirk Halm

Die Religionsmonitor-Studie der Bertelsmann-Stiftung hat viele Menschen überrascht. Daran erkennt man, dass sich die Islam-Debatte von vernünftigen Maßstäben zu entfernen droht. Hinzu kommt ein weiteres Problem: Untergrabung der Wissenschaft.

http://www.migazin.de/2017/09/14/stereotype-vorurteile-aengste-gesellschaftliche-spaltung/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Jobcenter benachteiligen Menschen mit ausländischen Namen

Studie von Anselm Rink und Johannes Hemker

„Kund*innen“ mit „ausländisch klingenden Namen werden in Jobcentern schlechter behandelt als Deutsche. Bei Anfragen erhalten sie häufiger unzureichende Informationen. Das haben Wissenschaftler in einem Experiment herausgefunden. Mitarbeiter von Behörden neigen zur Diskriminierung, wenn sie Anfragen von Menschen mit „ausländischen“ klingenden Namen erhalten. Das haben Wissenschaftler vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in einem Experiment herausgefunden. Sie verschickten E-Mails an alle deutschen Jobcenter und stellten Fragen zum Thema

17. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Hartz IV. Dabei erhielten Menschen mit türkischen oder rumänischen Namen qualitativ schlechtere Auskünfte als Menschen mit deutschen Namen.

http://www.migazin.de/2017/09/13/besser-schneider-jobcenter-menschen-namen/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MiGAZIN+Newsletter

Quelle: www.migazin.de

Stellenangebote

Antidiskriminierungsstelle Esslingen

Zum 16.10.2017, zunächst befristet bis zum 30.09.2020, suchen wir eine Person in Teilzeit (50%) zum Aufbau und zur Weiterentwicklung einer Antidiskriminierungsstelle für den Landkreis Esslingen.

Antidiskriminierungsarbeit ist ein zentrales gesellschaftliches Thema. Auf Initiative der Antidiskriminierungsstelle entsteht in Esslingen ein Antidiskriminierungsbüro unter dem Dach des Interkulturellen Forum e.V.

Aufgabengebiet Aufgabe des Büros ist die qualifizierte Beratung nach den Standards des Antidiskriminierungsverbands Deutschland. Aufgaben der zu besetzenden Stelle sind: Aufbau von Strukturen und Netzwerken, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Qualifizierung der Fachwelt, Einzelberatung, Unterstützung und Entwicklung von Empowermentstrukturen. Verwaltungsaufgaben und Akquise von öffentlichen Fördermitteln.

Ihr Profil - Studienabschluss (Bachelor, Master) Soziale Arbeit oder vergleichbare Qualifikation

- Bereitschaft zur Parteilichkeit für Betroffene
- Kenntnisse in der Antidiskriminierungsarbeit und des AGG
- Diskriminierungskritische Grundhaltung und Bereitschaft zur kritischen Selbstreflexion
- Selbstverantwortliches Arbeiten in enger Abstimmung mit dem Team
- Kenntnisse in Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Projektmanagement
- Eigeninitiative und Fähigkeit zu selbstständigem und eigenstrukturierten Arbeiten
- Sicheres Auftreten
- Beratungserfahrung ist erwünscht, aber nicht Bedingung
- Bereitschaft zur Weiterbildung zur Antidiskriminierungsberater_in
- Offen gegenüber anderen Menschen, Religionen, Weltanschauungen und Orientierungen

Wir bieten ein vielseitiges Tätigkeitsfeld in einem interessanten Umfeld. Möglichkeiten zur Weiterbildung und zur persönlichen Entwicklung. Die Eingruppierung erfolgt je nach Berufserfahrung in Anlehnung an den TVöD (bis EG10). Alle Menschen mit entsprechender fachlicher Qualifikation haben bei uns die gleichen Chancen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 02.10.2017 per Email in ausschließlich einer PDF Datei an: Antidiskriminierung.esslingen@gmx.de

Antidiskriminierungsstelle im Interkulturellen Forum (adg)

Saime Ekin-Atik, Markus Textor

Maille 5-9, 73728 Esslingen

Netzwerk Antidiskriminierung e.V. sucht Jurist*in für ein Projekt gegen Ausbeutung von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt

Der Verein Netzwerk Antidiskriminierung e.V. wird im Rahmen des IQ Netzwerkes Baden-Württemberg das Projekt „Faire Integration“ starten. Hierfür suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine*n Jurist*in (50-100%-Stelle, Eingruppierung nach TVÖD).

Das Projekt „Faire Integration“ hat die Aufgabe, landesweit durch Beratung, Information und Strukturaufbau der Ausbeutung von Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Dienststandort ist Stuttgart.

Im Rahmen von „Faire Integration“ soll eine Beratungsstelle aufgebaut und Strukturen zur Umsetzung der Projektinhalte entwickelt werden. Die Aufgaben umfassen dabei

- den Aufbau der Beratungsstelle,
- die individuelle Beratung und Unterstützung von Geflüchteten
- Durchführung von Informationsveranstaltungen
- sowie der Aufbau und die Mitwirkung in thematisch relevanten lokalen, landes- und bundesweiten Netzwerken und Strukturen

Es ist eine enge Kooperation mit den gewerkschaftlichen Strukturen, insbesondere mit dem DGB Bezirk Baden-Württemberg vorgesehen.

Da in jedem Bundesland ein Projekt „Faire Integration“ aufgebaut wird, ist auch ein enger und kontinuierlicher Austausch mit den Beratungsstellen in den anderen Bundesländern vorgesehen. Dies umfasst gemeinsame Schulungen und Einarbeitung, Erfahrungsaustausch und die konzeptionelle Entwicklung des Projektes.

Wir erwarten

- Gute Kenntnisse in Arbeits- und Antidiskriminierungsrecht
- Selbstständiges Arbeiten im Aufbau der neuen Struktur
- Kenntnisse in relevanten Fremdsprachen (wenn möglich)
- Bereitschaft, Beratungszeiten auch in den Abendstunden und Wochenenden anzubieten
- Bereitschaft zu reisen (landes- und bundesweit)

Wir bieten

- Anschluss an ein engagiertes Team im Netzwerk Antidiskriminierung e.V.
- Fortbildung und Supervision

Nachfragen/Bewerbungen: Andreas Foitzik: andreas.foitzik@nw-ad.de

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (m/w) Uni München

(Teilzeit 50%, Bewerbungsfrist 5. Oktober, Laufzeit bis 31.12.2019)

Projekt **„DEN MENSCHEN IM BLICK. Kompetenzen gegen Rassismus und Diskriminierung in Beruf & Alltag“** (Projektleiterin: **Dr. Britta Schellenberg**) am Lehrstuhl für Politische Systeme und Europäische Integration (Prof. Dr. Klaus H. Goetz) des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft sucht zum **16. November 2017**, spätestens zum 1. Januar 2018 eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (m/w).

Aufgaben:

- Entwicklung und Erstellung von Fortbildungsmodulen für Führungskräfte und Mitarbeitenden in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, hierbei u.a. Reflexion verschiedener Formen von (rassistischer) Diskriminierung, (Weiter-)Entwicklung hergebrachter und innovativer pädagogisch-didaktischer Methoden (ca. 50%)
- Kommunikation im Team und mit Partnern; Vorbereiten und Nachbereiten von Veranstaltungen, insbesondere Unterstützung bei der inhaltlichen Planung, Organisation und Durchführung von Test-Schulungen (ca. 40%)
- Tätigkeit als Trainer in Veranstaltungen/Seminaren und/oder als wissenschaftlich-pädagogische Impulsgeberin bei Veranstaltungen (ca. 10%)

Weitere Informationen unter www.gsi.uni-muenchen.de/aktuelles/3_stellenangebote_gsi/wisa_goetz11/index.html